

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 22, 30. Oktober 2003

Einblicke

Unauslöschlich

Von Heiner Lichtenstein

Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern, dass der 17. Juni jahrzehntelang der Nationalfeiertag der Bundesrepublik war. Jüngere können das nicht mehr wissen. Im Kaiserreich gab es am 9. September den „Tag von Sedan“ zur Erinnerung an ein deutsch-französisches Gemetzel im Krieg 1870/71. Längst Geschichte. So ergeht es vielen Gedenktagen. Geschichte kommt – Geschichte geht. Das ist der Lauf der Zeit. Ausnahmen sind eher eine Seltenheit.

Deutschland hat für eine gesorgt – ins Buch der Geschichte mit Millionen Toten unauslöschlich eingebrannt. Vor 65 Jahren brannten im gesamten „Großdeutschen Reich“, zu dem damals bereits Österreich als „Ostmark“ und ein Teil der CSSR gehörten, Synagogen. Juden wurden ermordet, misshandelt, in Konzentrationslager verschleppt. Es war der Beginn des Holocaust, den die Welt wohl über Jahrhunderte nicht vergessen wird. Was in tausend Jahren geschieht – wer will das schon voraussagen? Der 9. November ist längst kein deutscher Gedenktag mehr, obwohl wir ihn angerichtet haben. Holocaustmahnmale stehen mittlerweile in vielen Staaten, die mit dem Völkermord im Grunde nichts zu tun hatten.

Der Tag oder sein Kontext haben nationale Grenzen gesprengt. Das sollte nicht heißen, wir hätten die endgültige Form der Erinnerung bereits gefunden. Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit als Bundespräsident hat Roman Herzog gesagt, er sei nicht sicher, ob unsere Art des Gedenkens die Zeiten überdauern werde. Heute darf man sagen, dass sich etliches ändern kann. Frankfurt am Main hat dies soeben bestätigt, indem der Kulturdezernent die gesamte Geschichte der Stadt während der Naziherrschaft ins Internet gestellt hat. Jeder kann es nutzen. Die Ausrede, nichts wissen zu können, gilt nicht mehr. Es gibt Symposien und Workshops zu dieser Frage und zwar bewusst rund um das Datum. Eines scheint sicher: Vergessen wird der Tag nicht.

Sadistische Gewalt

Der Potzlow-Prozess hat die Dimension der mentalen Verwahrlosung der Angeklagten deutlich gemacht.

Seite 2 ■

Brisantes Netzwerk

In Thüringen sind die Behörden einem Geflecht von Neonazis und Wirtschaftskriminellen auf die Schliche gekommen.

Seite 3 ■

Geschichtslektion

Berufsschüler in Schleswig-Holstein müssen sich mit den „guten Seiten des Nationalsozialismus“ auseinandersetzen.

Seite 4 ■

Schamlose Kampagne

Im Wahlkampf setzte die Schweizer Volkspartei auf ausländerfeindlicher Hetze.

Seite 8 ■

„Aktion Erntefest“

Vor 60 Jahren wurden in Südpolen fast 43 000 Juden von SS- und Polizeiangehörigen ermordet.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Mental verwahrlost**

Die Justiz lässt Milde walten beim Urteil im Prozess wegen der brutalen Ermordung eines 16-Jährigen in Potzlow. Den Angeklagten wird ihre geringe Intelligenz zugute gehalten.

Der Mann ist frei. Kaum hat Richterin Ria Becher das Urteil verkündet, steht Sebastian F. auf und holt aus einer Plastiktüte eine große, blaue Dose Tabak. Dann beginnt der 18-Jährige, eine Zigarette zu drehen. Ruhig, die Hände zittern nicht, kein Krümel fällt zu Boden. Das ungläubige Staunen um ihn herum, die hektischen Fragen der vielen Journalisten – der große Kurzhaarmann wirkt unbeeindruckt und schweigt. Dabei hat ihn die Jugendkammer des Landgerichts Neuruppin an diesem Freitagmittag, dem 24. Oktober gerade mit einer sensationell kleinen Strafe bedacht und dann noch den Haftbefehl aufgehoben. In einem Prozess, der wie kaum ein anderer in der Geschichte des Bundeslandes Brandenburg Beachtung gefunden hat. Weil die Folter und Ermordung des 16-jährigen Marinus Schöberl im Juli 2002 im uckermärkischen Dorf Potzlow unfassbar brutal, ja sadistisch wirkt.

Doch Sebastian F. war nach Ansicht der Strafkammer „nur“ in begrenztem Maße ein Mittäter. Einer, der Schöberl geschlagen und der auf ihn urinierte. Aber für den Mord sei F. nicht verantwortlich. Das Hauptmaß der Schuld hätten die Brüder Marco und Marcel S. auf sich geladen.

Marcel S., auch 18 Jahre alt und in dem fünfmonatigen Prozess immer bleich wie ein Schweranker, hat am frühen Morgen des 13. Juli 2002 den schon seit Stunden malträtierten Marinus Schöberl mit einem „Bordsteinkick“ getötet. Stockend trägt Richterin Becher vor, Marcel S. oder Sebastian F. hätten Marinus gezwungen, in einem ehemaligen Schweinestall in die Kante eines Trogs zu beißen. Dann sei ihm Marcel mit seinen Stahlkappenstiefeln auf den Kopf gesprungen. „Der Kopfbereich wurde zerquetscht, Marinus kippte nach links weg“, sagt Becher. Die Richter, die Schöffen, die Verteidiger, das Publikum erstarren, zwei, drei Sekunden lang. „Marcel wollte nachempfinden, wie es sich anfühlt, wenn ein Mensch stirbt“, sagt Becher tonlos, „und er wollte seinem Bruder imponieren.“ Marco S., 24, vorbestrafter Neonazi nimmt die

rechte Hand an den Mund. Auf dem kahlen Schädel ist über dem linken Ohr das Wort „Skinhead“ tätowiert.

Das „komplexe Verhältnis“ der beiden Brüder sieht die Strafkammer als eines der wesentlichen Motive für den Gewaltexzess. Marcel habe Angst vor seinem Bruder gehabt, aber er habe auch dessen Anerkennung gesucht, sagt Becher. Und als dann Marco an jenem Abend „aus einer Laune heraus“ anfang, den harmlosen Hiphopper Marinus Schöberl zu quälen, habe Marcel sich die „Einstellung“ des großen Bruders zu Eigen gemacht „und sich dem Opfer gegenüber als höherwertig angesehen“. Und dann mitgeprügelt, den verängstigten Schöberl mit in den Schweinestall gebracht – und alleine, ohne den Bruder und Sebastian F., „plötzlich den Entschluss gefasst, den Bordsteinkick vollständig in die Realität umsetzen“. Richterin Bechers Stimme ist wieder leise geworden.

Die Kammer verurteilt Marcel S. zu achteinhalb Jahren Jugendstrafe. Wegen Mordes, gefährlicher Körperverletzung und Nötigung. Dass es nicht, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, zehn Jahre sind, begründet Becher mit seinem Geständnis kurz nach der Festnahme, Alkohol und „einer Intelligenz am unteren Rand der Norm“. Die Kammer hält auch Marco S. den Suff und „einen IQ von 55“ zugute. Und eine „Persönlichkeitsstörung“. Dennoch bekommt er 15 Jahre, wegen versuchten Mordes und unter „Einbeziehung“ einer früheren Strafe, nach einem Überfall auf einen Afrikaner. Das hohe Strafmaß erklärt die Kammer so: Für Marco S. gilt Erwachsenenrecht, außerdem habe er mitgewirkt, als Marcel noch einen Gasbetonstein auf Marinus Schöberl warf. Um sicher zu sein, dass der Junge tot ist. Anschließend wurde der von dem Angeklagten in einer Jauchegrube verscharrt.

Als die Richterin nach eineinhalb Stunden Urteil und Begründung verlesen hat, sind die beiden Staatsanwältinnen und das Publikum verwirrt, auch empört. „Wir werden auf jeden Fall Beschwerde gegen die Freilassung von Sebastian und Revision gegen das milde Urteil einlegen“, sagt Oberstaatsanwältin Lodenkämper. Überraschend kündigt auch der Anwalt von F. eine „vorsorgliche Revision“ an.

Mit dem Urteil wurde sozusagen offiziell bezeugt, welche Dimension die mentale Verwahrlosung eines Teils der Bevölkerung, vor allem der jüngeren, in Brandenburg erreicht hat – und wie beschränkt die Möglichkeiten der Justiz sind. *Frank Jansen*

Aktivitäten**Gefährliches Geflecht****Netzwerk von Neonazis und Wirtschafts-
betrügern ausgehoben.**

Die Fahnder kamen im Morgengrauen. Am 7. Oktober dieses Jahres machten Angehörige von Kripo und Staatsanwaltschaft Gera bei einer groß angelegten Durchsuchungsaktion von 14 Objekten in Thüringen und Sachsen einer Betrügerbande den Garaus. Den Beschuldigten werden umfangreiche Wirtschaftsdelikte wie Konkursverschleppung, Versicherungsbetrug, Erschleichen von sozialen Leistungen sowie Kreditschwindeleien vorgeworfen.

Allein die Tatsache, dass bei den Durchsuchungen auch zahlreiches „rechtes Propagandamaterial“ sichergestellt wurde, zeigt den wahren Charakter dieser Betrügerbande: Sie besteht aus Wirtschaftskriminellen und rechtsradikalen Skinheads. In und um Gera hat sich seit Jahren eine Truppe etabliert, die mit Scheingeschäften, Einbehalten von Sozialleistungen und ähnlichen Delikten kräftige Gewinne machte und das Geld, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, in die Organisation von Neonazi-Konzerten steckte. Zwei 33-jährige Beschuldigte aus Greiz wurden festgenommen, sie sollen Betrug im besonders schweren Fall und Urkundenfälschung begangen haben.

Einer von ihnen ist Stephan Dieske. Der bullige Glatzkopf ist polizeibekannt, er gilt als rechte Führungsperson in Greiz. Aus dem im benachbarten sächsischen Vogtlandort Reichenbach gelegenen Szeneladen „Ragnarok“ und den Privaträumen des Besitzers, David Köckert, holten die Fahnder die meisten Nazi-Devotionalien heraus, unter anderem eine große braune Hitlerbüste.

Köckert und Dieske gehören zu den Köpfen der regionalen Skinheadszene, Köckert wurde kürzlich wegen Tragens verfassungsfeindlicher Symbole (ein Hakenkreuz auf dem Bauch) zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Aus ihrem Umfeld heraus wurden die Internetseiten „alcoholocaust.tk“ betrieben, ihre Gruppe nennt sich die „Braunen Teufel Vogtland“. Der sächsische Verfassungsschutz teilt auf Anfrage lapidar mit, dass es sich bei der Gruppierung nach den „vorliegenden Erkenntnissen um eine Freizeit-Fußballmannschaft aus circa 15 bis 20 Personen“ handelt. „Diese rekrutiert sich aus-

schließlich aus Skinheads.“ Die staatlichen Szenekenner wissen von einem Ausflug der Gruppe zur Wewelsburg und registrieren, dass die „alcoholocaust“-Anhänger laut eigener Angabe „für ein freies und weißes Deutschland kämpfen“ und Blood&Honour, Hammerskins und Combat 18 grüßen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch ein tiefer gehendes Geflecht, nicht nur, dass Dieske als Geschäftsführer in der GCB City Baubetreuung neben einem weiteren verhafteten mutmaßlichen Kleinkriminellen auftaucht, sondern es gibt anscheinend auch geschäftliche Beziehungen zwischen Köckert und einem weiteren Verdächtigen aus Gera. Der Unternehmer Candy Dassler gehörte, nach Polizeiangaben, lange Zeit der rechten Szene in Greiz an. Heute betreibt er eine Diskothek in Zeulenroda und organisiert Festivals wie das „summerbreeze“ in Hohenleuben. Dassler soll mit dem führenden Geraer Neonazi und Sänger der Band „Eugenik“ Jens Fröhlich bekannt sein, heißt es. Dassler betrieb bis vor kurzem gemeinsam mit einem Geschäftspartner den „Reußischen Hof“ in Hohenleuben bei Greiz. Als das Objekt zum Verkauf stand, soll Dassler Köckert als Kaufinteressenten vorgeschlagen haben, weiß die Bürgermeisterin des Ortes. Am 2. Oktober 2002 hatte Köckert bereits versucht, eines seiner Neonazi-Konzerte im „Reußischen Hof“ zu organisieren. Das Aufgebot der Polizei war stärker, es gab Platzverweise an 56 Personen. Ein weiteres von Köckert organisiertes Konzert sollte in einer Lagerhalle in Greiz-Dölau stattfinden, und die gehörte ebendieser Baufirma, in der Dieske laut Handelsregister auftauchte.

Der Gitarrist der Reichenbacher Skinheadband „Haftbefehl“, genannt „Reimi“, grüßt den in Untersuchungshaft sitzenden „treuen Kameraden S.D. Lass’ Dich nicht unterkriegen!“ auf der bandeigenen Homepage. Vor der Razzia galt ihr Dank „David K., der ‘Nette Fette’ und Stephan D. (...) für ihren unermüdlichen Einsatz um Konzerte, Treffen und ähnliches zu organisieren“, sowie den ganzen Rest der „Braunen Teufel“ Vogtland.

Wie gefährlich das Netzwerk um Köckert und Dieske ist, zeigt sich im laufenden Prozess gegen Mitglieder des „Jungsturm“ Greiz. In der Nacht zum 30. Januar warfen einschlägig bekannte Neonazis zwei Molotow-Cocktails auf das Flüchtlingsheim in Greiz-Irchwitz. Die 70 Menschen, darunter elf Kinder, blieben unversehrt, weil der 58-jährige Wachmann schnell reagierte. Auf der Homepage der Band „Haftbefehl“ werden die Angeklagten als „Helden von Greiz“ gefeiert. *Andrea Röpke*

Seitenblick**Unterrichtsmaterial**

Berufsschüler in Schleswig-Holstein erhalten eine Lektion über die „guten Seiten des Nationalsozialismus“.

„Zählen sie die ‘guten Seiten’ des NS-Systems auf?“. Diese Aufgabe entstammt nicht etwa einem neonazistischen Schulungsheft, sondern einem Politiksbuch. Aufgefallen ist das Unterrichtsmaterial dem Ausbildungsleiter Rüdiger Hockling des Elmshorner Betriebs Wenzel Elektronik vor wenigen Tagen. Doch offenbar nutzen seit rund 20 Jahren Lehrkräfte an zahlreichen schleswig-holsteinischen Ober- und Berufsschulen das Lehrbuch im Geschichtsunterricht. Ob das 1981 erstmals bei dem Winkler Verlag – Gebrüder Grimm verlegte Buch weiter genutzt wird, muss nun das Kieler Bildungsministerium entscheiden.

Das Schulbuch trägt den Titel „Politik heute“, doch manche Passagen wirken ewiggestrig. „Die ‘guten Seiten’ des Nationalsozialismus“ heißt gleich ein komplettes Kapitel. Auf den Seiten 176 bis 177 wird über die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“, die „vielfältigen Maßnahmen zur Investitionsbehebung“, die „Einführung des Massentourismus“ oder die „Belebung der Weltkonjunktur“ berichtet. Zu lesen ist, dass die „Machtübernahme und NS-Propaganda eine Aufbruchsstimmung erzeugten, wie sie das deutsche Volk noch nicht erlebt hatte“. Eine historische Kontextualisierung findet im Text allerdings ebenso wenig statt wie eine pädagogische Distanzierung. Stattdessen wird ausgeführt: „Gleich einem ins Wasser geworfenen Kieselstein zogen die ersten Erfolge Kreise“.

In den Berichtsheften seiner Auszubildenden war Hockling dieser Lernstoff aufgefallen, als er deren Hefte abzeichnen sollte. Auf Nachfrage erklärten sie ihm, woher die Lektion über die „guten Seiten“ der NS-Zeit stamme. Beim Blättern in den Heften fand Hockling weitere kurze Wiedergaben aus dem Buch, im dem darauf hingewiesen wird, dass „es falsch wäre, diese Leistungen zu leugnen. Es (sei) aber auch unerlässlich, die Umstände vor und nach der Machtergreifung zu sehen“. Aber gerade diese Hintergründe über die Machtergreifung und deren Folgen werden nicht nur vergleichsweise kurz beschrieben, sondern unter der Überschrift „Die ‘guten Seiten’ und ihr Preis“ beschönigend behandelt.

Der Kontext, so Hockling, verharmlost schon die Verbrechen.

Grund genug für den Ausbildungsleiter, sich an seine Gewerkschaft zu wenden, die sogleich das Kultusministerium anschrieb. „Mit derart unkritischem Unterricht wird in der Mitte der Gesellschaft der Boden für neonationalsozialistische Tendenzen gelegt“, erklärt Uwe Zabel, Bevollmächtigter der IG-Metall Unterelbe, in dem Schreiben. Es sei nicht zuletzt auch ein „Affront gegen alle Gewerkschafter/innen, die im Widerstand ihr Leben für eine demokratische Gesellschaft gelassen haben“, betont Zabel und fordert, „dass dies umgehend abgestellt wird“.

Den pädagogischen Gehalt derartiger Lehrmittel vermag auch der Leiter der Kreisberufsschule, Uwe Kopf, nicht zu erkennen. Allerdings, betont der Schulleiter, dass er allen Lehrern zutraue, auch diesen Sachverhalt in einem angemessenen Zusammenhang zu erläutern. Der Berufsschullehrer Reiner Mix, in dessen Klasse das Buch benutzt wurde, habe ihm indes versichert, das „fragwürdige Kapitel“ nur zur Illustration für den Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich herangezogen zu haben. Andere Kapitel, räumt Kopf ein, hätte er selbst „schon im Unterricht verwendet“. Jetzt wolle er aber „das Buch aus dem Verkehr ziehen“.

■ Verbrechen werden verharmlost ■

Warum nicht schon früher sensible Pädagogen über die Passagen gestolpert sind, fragt sich der Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bernd Schauer. Vor 20 Jahren hätten die Passagen bereits auffallen müssen, meint er. Im Kultusministerium sind die Fachreferenten um die Ministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) peinlich berührt. Denn mit diesem Lehrmittel könnte das Ministerium dem Bildungsauftrag des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes entgegengewirkt haben. Eine offizielle Stellungnahme wollte eine Ministeriumssprecherin nicht geben, „bevor nicht mit dem entsprechendem Lehrer und der Schule gesprochen“ wurde.

Die IG Metall wollte nicht solange warten und hat der Berufsschule einen Klassensatz der Elmshorner Gewerkschaftsgeschichte gestiftet. „In der Darstellung wird auch die Zeit des Faschismus ausführlich behandelt“, betont Zabel, „ohne eine Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes“. *Andreas Speit*

Seitenblick**„Signalwirkung“****Schmerzensgeld für Opfer rechter Gewalt**

Rechtsanwalt Bernhard Fricke spricht von einem „Signal in die Szene hinein: Es kostet Euch viel“. Rechte Gewalttaten können nicht nur zu Bewährungsstrafen oder geradewegs ins Gefängnis führen. Sie können für die Schläger auch sehr teuer werden. Mitte Oktober schloss Fricke in einem Zivilprozess vor dem Münchner Landgericht einen Vergleich mit den Anwälten von vier Neonazis, die im Januar 2001 einen Griechen brutal zusammengeschlagen und -getreten hatten und wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Herausgekommen ist in dem Schmerzensgeldverfahren eine „in Deutschland einmalige Summe“, wie Fricke betont. Die vier Täter – darunter die beiden Sauerländer Christoph Schulte und Maria Anna von Papen, die sechs beziehungsweise fünf Jahre Jugendhaft absitzen – müssen innerhalb festgelegter Fristen insgesamt 25 500 Euro an ihr damaliges Opfer Artemios T. zahlen.

Zwei Täter, die wieder auf freiem Fuß sind, müssen ihren Anteil bis Ende des Jahres überwiesen haben, Schulte und von Papen spätestens sechs Monate nach ihrer Haftentlassung. Werden die Fristen nicht eingehalten, erhöht sich das Schmerzensgeld auf 38 250 Euro. Damit soll erreicht werden, dass rasch gezahlt wird. Auch das „finanzielle Band“ zwischen Artemios T. und seinen Peinigern, die das Leben seines Mandanten fast zerstört hätten, müsse schnell zerrissen werden, sagt Fricke. Dabei gehe es nicht um eine „Existenzvernichtung“ der jugendlichen Täter, die sich – nach Aussage ihrer Anwälte – aus der Neonazi-Szene entfernt hätten. Es solle aber eine „schmerzhafte Belastung“ sein. Zurückgefordert wurde bereits die aus einem Fonds des Bundesgerichtshofes gezahlte Opferentschädigung in Höhe von 25 000 DM. Und auch die Kosten der Krankenbehandlung für Artemios T., der wegen Angstzuständen und Depressionen immer noch psychotherapeutische Behandlung benötigt, müssen die Täter tragen.

Fricke hofft auf eine Signalwirkung solcher zivilrechtlichen Verfahren auf potenzielle Täter. Schmerzensgeldbeträge könnten auch noch ganz erheblich höher bemessen werden, warnt er. *Tomas Sager*

Aktivitäten**Querfrontstrategen****Rechtes Duo hinter christlichem Motto**

Eine Veranstaltung, die das Motto trägt „Du kannst nur Gott oder dem Mammon dienen“, müsste eigentlich einen christlichen Hintergrund haben. Am 31. Oktober allerdings will eine „Initiative Deutsche Nationalversammlung“ unter diesem Motto in Berlin auf die Straße gehen. Damit will man laut Vorankündigung „den Widerstand im deutschsprachigen Raum parteiübergreifend für eine Volksabstimmung gegen diese EU-Verfassung organisieren“. In der Ankündigung heißt es weiter: „Wir meinen also, dass der Reformationstag der geeignete Anlass für eine qualifizierte Arbeit als Rückbesinnung auf die religiösen und philosophischen Grundlagen beeinträchtigt“.

Hinter der Initiative Deutsche Nationalversammlung steht das Duo Irmgard Kohlhepp und Bernhard Heldt. Immer wieder versuchen sie, als Querfrontstrategen in linke Organisationen rechte Inhalte hineinzutragen. Im vergangenen Jahr waren sie fast sechs Monate Teilnehmer des „Bündnis gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus in Tempelhof & Schöneberg“ (BgR) und gaben sich dort offen als Freunde der nationalrevolutionären Zeitschrift „Sleipnir“ zu erkennen. Beide sind Aktivisten der Organisation Association Liberal Soziale Ordnung, die sich auf den Zinsgeldtheoretiker Silvio Gesell stützen.

Enge Kontakte bestehen zu Horst Mahler. So waren Kohlhepp und Heldt im Januar 1999 auf einem Treffen von Mahlers so genannter „Bürgerbewegung Unser Land“ anwesend. Zur Montagsdemonstration in Kassel am 12. April 1999 wiederum hatte ein Bündnis für Volksabstimmung unter dem Motto „Für unser Land! Für eine Nationalversammlung! Gegen Überfremdung!“ aufgerufen, dass von Kohlhepp und Heldt gegründet wurde. Auch zur Aktion am 31. Oktober ist Mahler ausdrücklich eingeladen worden. Gezielt wurde auch der Arbeitskreis Christlich-Konservatives Deutschland für die Aktion angesprochen. Kohlhepp/Heldt laden allerdings seit Jahren zu Großveranstaltungen ein, die dann teilweise mangels Beteiligung ausfallen müssen. Selbst in rechten Kreisen wird das ehemalige Republikaner-Mitglied Heldt häufig nicht mehr ernst genommen. *Peter Nowak*

Hintergrund**Seriöser Deckmantel**

An der rechtsextremen Ausrichtung einer Veranstaltungsreihe zweier Unternehmensberater in der Kleinstadt Achim hat sich lange Zeit niemand gestört.

Die politischen Vortragsveranstaltungen fanden etwa alle zwei Monate statt, seit über zwei Jahren. Die Unternehmensberater Dieter Fricke und Heinrich Rathjen luden in „Gieschens Hotel“ in die Kleinstadt Achim bei Bremen und nicht nur das „Achimer Kreisblatt“, auch die „Junge Freiheit“ oder die „Deutsche Stimme“ warben für die Veranstaltungen. Deshalb kamen neben biedereren Bürgern und interessierten Kleinunternehmern auch Anhänger der Freien Kameradschaften aus Bremen, die Bremer DVU-Vorsitzende Elfriede Budina, der Rechtsextremist Rigolf Hennig, Chirurg im Ruhestand, und der „Provokateur“ und Horst Mahler-Fan, Johann Huß, genannt „Jan Hus“, aus Verden. Augenzeugen berichten, dass auch der Neonazi Andreas Hackmann zu den Besuchern gehört habe. Der hatte bei einem Überfall auf zeltende Abiturienten eine Schülerin schwer mit dem Messer verletzt und eine lange Haftstrafe bekommen. Inzwischen soll er zum Bremer Kameradschaftsspektrum gehören.

Obwohl offensichtlich Rechtsradikale regelmäßig zu Gast in Achim waren, nahm niemand Anstoß an den Aktivitäten von Fricke und Rathjen. Rathjen ist zudem Autor der „Jungen Freiheit“ und Fricke setzt sich für die Schaffung von „Ehrenmalen“ für deutsche Soldaten ein. Jahrelang konnten sie den Deckmantel der seriösen konservativen Veranstaltungsreihe wahren und zu Vorträgen wie „Freiheit für Österreich“ oder „Der 17. Juni 1953“ einladen.

Es knallte erst Anfang September dieses Jahres, als das Duo den Thannhausener Wolfgang Schrauth einlud. Sein Vortragsthema „Islamisierung in Deutschland – Bedrohung der Demokratie“ kommt nicht von ungefähr, die islamische Gemeinde in Achim plant den Neubau einer Moschee und seitdem erregen sich die Gemüter. Schnell griff auch der NPD-Kreisverband Verden das populistische Thema auf: „Keine Moschee in Achim oder anderswo“, heißt es auf der regionalen Homepage. Schrauth lehnt den Bau von Moscheen ebenfalls ab und ist Gründer des Bundesverbands der Bürger-

bewegungen für Bewahrung von Demokratie und Heimat. Er berichtete den Zuhörern von der „Megamoschee“ in seinem Heimatort und dem damit verbundenen Zuzug „von weiteren Muslimen“. Als er die fehlende Bildung islamischer Frauen beklagte, fingen einige Zuhörer zu widersprechen an. Eine Gruppe von islamischen Frauen hatte zum Besuch des Vortrags aufgefordert und der PDS-Kreisvorsitzende machte Stimmung gegen die Tiraden des Redners. Als Schrauth davon sprach, dass man „die in Deutschland lebenden Türken eliminieren“ müsse („Achimer Kreisblatt“), kam es zum Tumult.

Der anwesende Neonazi „Jan Hus“ versuchte, den kritischen Politiker des Raumes zu verweisen, dabei wurde eine Frau leicht verletzt. Ein anwesender SPD-Stadtrat erstattete später Anzeige wegen Volksverhetzung gegen Schrauth, die Veranstalter kündigten daraufhin Gegenanzeigen an. Seitdem beschäftigt nur ein Thema die Kleinstadt: der Islam, eine Gefahr für Achim oder nicht?

■ Ein Forum für NPD-Anhänger ■

Auch als Radio Bremen Fernsehen in seiner Sendung „buten un binnen“ am 16. September 2003 über die rechtsextremen Hintergründe der Vortragsreihe in Achim berichtete, interessierte das kaum jemanden der politisch Verantwortlichen in der Stadt. Der Bürgermeister ließ verlauten, an keiner gemeinsamen Kranzniederlegung mit Fricke am Volkstrauertag teilnehmen zu wollen. Ansonsten wurde das Thema „Rechte in Achim“ stillgeschwiegen. Dabei offenbarte der Fernsehbericht, dass Fricke und Rathjen den ehemaligen Hardcore-Vertriebenenfunktionär Paul Latussek und den rechtsextremen ehemaligen Stadtarchivar aus Herne, Olaf Rose als Redner eingeladen hatten. Auch der Chef der neonazistischen Vorfeldorganisation „Kärntner Heimatschutz“ Josef Feldner referierte in Achim. Feldner ist regelmäßiger Teilnehmer beim Waffen-SS-Treffen auf dem Ulrichsberg in Kärnten.

Am 20. Juni dieses Jahres war der ehemalige Republikaner Carl-Wolfgang Holzapfel in Achim Referent. „Der 17. Juni ist für mich der Tag der europäischen Freiheitsgeschichte“, erklärte er. Holzapfel erzählte eigene Heldengeschichten, von seinem Kampf etwa gegen den Kommunismus in den Freundeskreisen der CSU, und resümierte, wenn es wieder losgehe, mit einem Aufstand, dann sei er einer der ersten auf den Barrikaden. Die Zuhörer klatschten begeistert. Die DVU-Vorsitzende aus

Bremen, Elfriede Budina, war dabei, ebenso Hans Joachim Varnhorn von den Freien Nationalisten und weitere glatzköpfige Kameraden. Persönlich von den Veranstaltern begrüßt wurde der rührige Verdener Rechtsextremist Rigolf Hennig.

Immerhin ist der inzwischen, ebenso wie „Jan Hus“, Mitstreiter beim „Deutschen Kolleg“ von Horst Mahler. Hennig ist nach eigenen Angaben ständig mit Mahler unterwegs. Gemeinsam initiierten sie Anfang des Jahres das rassistische „Verdener Manifest“ in der Reiterstadt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen Volksverhetzung gegen das Pamphlet. Hennig war Ende Juni einer der Hauptredner bei dem Neonazi-Aufmarsch von Thomas „Steiner“ Wulff in Hamburg, einträchtig mit NPD-Chef Udo Voigt führte er später den Demonstrationszug gegen den „Bombenterror der Alliierten“ an. In der aktuellen Ausgabe seiner Publikation „Der Preusse“ sind Artikel des sächsischen Neonazis Ronny Thomas und des flüchtigen österreichischen Auschwitz-Leugners Gerd Honsik abgedruckt.

NPD und freie Kameradschaften nutzten das politische Desinteresse und organisierten Ende September eine Mahnwache in Achim. Angemeldet hatte Sven Wellhausen aus Blender, ein Aktivist, der sowohl für NPD als auch Freie Kameradschaften presserechtlich in Erscheinung tritt. Doch in Achim lebt auch Florian Cordes, ehemaliger Landesvorsitzender der niedersächsischen JN. Mit der liegt er angeblich, laut Verfassungsschutzbericht, im Clinch, aber dennoch gibt Cordes immer noch munter Pressemitteilungen für die NPD heraus. Die NPD plant nach eigenen Angaben eine umfangreiche Werbekampagne für die Stadt an der Weser.

„Eine Sauerei, uns fast als Nazi-Hochburg von Norddeutschland darzustellen“, schimpfte Jürgen Keller, der Besitzer von „Gieschens Hotel“, über den Fernseh-Beitrag erbost. Der „rechten Bürgerinitiative“ wollen sie in Zukunft keinen Saal mehr zur Verfügung stellen. Immerhin. Als Anfang Oktober die „Achimer Argumente“, eine vom Chefredakteur des „Kreisblatts“ initiierte Diskussionsreihe, zum Thema Islam-Streit einlud, wurde den anwesenden NPD-Zuhörern jedoch nicht die Tür gewiesen. Im Gegenteil, sie konnten das gebotene Forum scheinbar gut nutzen. So heißt es in der Lokalzeitung am nächsten Tag: „Ein Zuhörer aus der rechten Ecke erregte sich. (...) Wer ist denn in diesem Land Hausherr? Das halbe Dutzend anwesende 'Glatzen' spendeten kräftig Beifall. Einer von ihnen ergriff dann noch das Wort.“ *Andrea Röpke*

Ausland

„Weiße Kanadier“

Rechtsextreme Kandidatin in Ottawa

Donna Marie Upson ist eine von fünf Kandidatinnen und Kandidaten für den Bürgermeisterposten der kanadischen Hauptstadt Ottawa, der am Montag, den 10. November gewählt wird. Unterstützt wird die 25-jährige Upson unter anderem vom Ku Klux Klan und von National Socialist Movement (NSM). Upson bestreitet zwar, Mitglied irgendeiner rechtsextremen Organisation zu sein und gibt an, auf einer „sozialistischen Plattform“ anzutreten. Doch die Kandidatin ist selbst vorbelastet. Im Juli 2000 war sie zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden wegen Morddrohungen gegen einen Pastor einer hauptsächlich schwarzen Gemeinde in der Provinz Nova Scotia.

National Socialist Movement mit Sitz in Minneapolis, Minnesota, bezeichnet sich selbst als „größte Naziartei in den USA“ und fiel in der Vergangenheit durch die Teilnahme an Demonstrationen der World Church of the Creator oder der Aryan Nations in voller SS- oder SA-Montur auf. In einer Presseerklärung lobte NSM Donna Upson dafür, die „böartigen anti-weißen Vorbehalte der kanadischen Regierung“ offen zu kritisieren. Die Postadresse auf Upson's offiziellem Meldeformular ihrer Kandidatur ist mit der Adresse der Canadian unit von NSM identisch. Auch eine kanadische rechtsextreme Gruppe, die Northern Alliance, feiert die Bewerbung von Upson als großen Erfolg für alle „weißen Kanadier“.

Upson ihrerseits gibt zu, Spenden von Mitgliedern des Ku Klux Klan und NSM erhalten zu haben. In einem Statement über diese rechtsextremen Organisationen gab Upson auch zu verstehen: „Ich denke, dass sie eine Reihe guter Argumente haben. Sie versuchen nur die Rassen getrennt und pur zu halten. Sie sind keine Hassgruppen“. In einem Interview mit dem „Ottawa Citizen“ offenbarte Upson schließlich weitere Einblicke in ihre Weltanschauung. „Schwarze und Weiße“ sollten ruhig interagieren, jedoch nicht in den gleichen Vierteln wohnen und keinesfalls Beziehungen miteinander eingehen. Völlige Segregation der Lebenswelten mit getrennten „weißen und nicht-weißen Restaurants und Wasserfontainen“ hält Upson für erstrebenswert. *Thomas Grumke*

Ausland**Schamlose Hetze**

Bei den Parlamentswahlen am 19. Oktober wurde die fremdenfeindliche Schweizer Volkspartei (SVP) stärkste Partei.

Noch zwei Tage vor den Wahlen am 19. Oktober dieses Jahres kritisierte das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) die Kampagnen der Schweizer Volkspartei (SVP) gegen Asylbewerberinnen und -bewerber. Sie gehörten zum Unverfrorensten, was große Parteien sich bisher in Europa zu diesem Thema geleistet hätten. „Es gibt weltweit eine beunruhigende Tendenz, Asyl Suchende durch Manipulierung von Fakten und Statistiken auf geschickte Weisen zur gesichtslosen Bedrohung zu machen“, so das Fazit eines UNCHR-Sprechers.

Zum Schluss des Wahlkampfes hatte die SVP nochmals mit ganzseitigen Inseraten in mehreren schweizerischen Tageszeitungen von „verhättselten Kriminellen“, von „schamlosen Asylanten“ sowie von der „brutalen Albanermafia“ geschrieben und behauptet: „Einzelne Volksgruppen dominieren die Kriminalitätsstatistiken. Albaner und Schwarzafrikaner beherrschen den Drogenhandel.“ Wegen dieser Inserate hatten einzelne antirassistische Organisationen, wie die Licra, die Einreichung von Strafanzeigen wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm erwogen.

Am Wahlsonntag-Abend wurde schnell klar: Der SVP-Wahlerfolg war noch größer, als von der Parteispitze um Christoph Blocher und Ueli Maurer erwartet. Die Partei erreichte 26 Prozent der Wählerinnen- und Wählerstimmen, 55 von 200 Sitzen im Nationalrat und damit ein Plus von 11 Mandaten. Erstmals erzielte die SVP dabei auch mehrere Sitze in der französischsprachigen Schweiz, nachdem Blochers Partei in den vergangenen Jahren den Aufbau von Parteistrukturen in diesen Kantonen systematisch vorangetrieben hatte.

Der SVP-Vormarsch geht jedoch auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien, vor allem der Christlich-Demokratischen Volkspartei (CVP; minus 7 Sitze) und der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP; minus 7 Sitze). Auf der anderen Seite des politischen Spektrum konnten sowohl die Grünen (plus 4 Sitze) wie auch die Sozialdemokraten (plus

6 Mandate) zulegen. Insgesamt liegt der Wahlausgang damit im Trend der vergangenen 16 Jahre.

Bereits bei den Wahlen vor vier Jahren hatte die SVP die anderen einstigen Rechtsaußen-Parteien (Freiheitspartei, vormalis Autopartei, Schweizer Demokraten) fast vollständig aufgesogen. Auch dieses Mal erreichten nur noch die Schweizer Demokraten einen einzigen Sitz, der weiterhin von Bernhard Hess im Kanton Bern gehalten wird. Mit dem FDP-Neuparlamentarier Philippe Müller, Hauptakteur jener gescheiterten Volksinitiative, welche den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auf 18 Prozent beschränken wollte, ist jedoch ein Politiker ins Parlament eingezogen, der vor allem durch seine ausländerfeindlichen Kampagnen bekannt geworden ist.

■ **„Asyl Suchende werden zur gesichtslosen Bedrohung gemacht“** ■

In drei Kantonen beteiligten sich auch rechtsextreme Gruppierungen beziehungsweise Einzelpersonen an den eidgenössischen Parlamentswahlen, alle mit durchschlagendem Misserfolg. In Genf erreichte die Union des patriotes suisses kaum Stimmen, ebenso wie Eric Weber mit seiner Volks-Aktion im Kanton Basel-Stadt. Und im Kanton Aargau erzielte die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) mit ihrem einzigen Kandidaten Ralph Aschwanden gerade mal 0.13 Prozent der Stimmen. Die PNOS sei, so schrieben die Rechtsextremisten nach den Wahlen, zwar „wählerschwächste Partei im Kanton“, doch sei das Ergebnis ein „voller Erfolg“. Eine beeindruckende Realitätsverzerrung.

Schon am Wahlsonntag-Abend lancierten die SVP-Exponenten einen überraschenden Vorstoß. Sowohl Parteipräsident Ueli Maurer, wie auch der starke Mann der SVP, Christoph Blocher, forderten ultimativ, einen zweiten SVP-Sitz in der siebenköpfigen Landesregierung, dem Bundesrat, und dieser zweite Sitz sei mit Christoph Blocher zu besetzen, ansonsten würde die Partei in die Opposition gehen. Dieses Ultimatum wird die innenpolitische Auseinandersetzung in der Schweiz bis zur Bundesrats-Wahl am 10. Dezember 2003 bestimmen. Wahlbehörde ist die Bundesversammlung, die sich aus dem Nationalrat und dem Ständerat zusammensetzt. Zur Zeit lässt sich nur eines mit Sicherheit sagen: Auch nach dem 10. Dezember wird die Schweiz eine siebenköpfige Landesregierung haben.

Hans Stutz

Grauzone

Podium für Rechte

Der gemeinnützige Münchner Bürgerverein hat sich der Volksbildung verschrieben. Bei den Vortragsveranstaltungen treten häufiger bekannte Rechtsextremisten in Erscheinung.

Das Thema „Globalisierungsoffer Deutschland“ stand am 21. Oktober auf dem Vortragskalender des Münchner Bürgervereins e.V. (auch: Kulturkreis Münchner Bürger). Geladen war der umtriebige Rechtsextremist Alfred Mechtersheimer, Anführer der Deutschland-Bewegung.

Mechtersheimer ist der Auffassung, dass „die Globalisierung der deutschen Wirtschaft ... nichts anderes heißt als der Ausverkauf der Unternehmen mit all den negativen Folgen für das Land und seine Menschen.“ Zu diesem Thema hat er jetzt auch ein „Nachschlagewerk“ namens „Handbuch Deutsche Wirtschaft“ veröffentlicht. Dieses ist hervorgegangen aus einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Globalisierungsprojekt der gemeinnützigen Mechtersheimer-Einrichtung „Unser Land – Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland e.V.“.

Vorsitzender des Münchner Bürgervereins ist Günter Hagner. Sein geschichtsrevisionistisches Weltbild offenbart Hagner immer wieder in stramm rechten Medien. In der Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ hielt er 1995 fest: „Unser Bundespräsident unterstellt auf Grund des von Deutschland begonnenen Krieges nicht nur 'deutsche Kriegsschuld', worüber Historiker aller Welt noch heftig streiten, sondern automatisch Ursache und Schuld am Zweiten Weltkrieg. Zum Zweiten Weltkrieg wurde dieser europäische Konflikt erst durch das Eingreifen der USA, in welcher bekannten Weise auch immer, und den Präventivkrieg gegen die Sowjetunion.“ In der „Jungen Freiheit“ merkte Hagner im Jahr 2001 an: „Die Verschwörer des 20. Juli werden kaum unumstritten bleiben.“

Gegründet wurde der Münchner Bürgerverein im Jahr 1977 von Karl Günther Stempel (zuletzt: Richter am Bayerischen Oberlandesgericht), einst Mitglied der SS und der NSDAP und später Vorsitzender des NS-apologetischen Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes (DKEG). Die elitär na-

tionalistisch-völkische Kulturgemeinschaft wurde 1950 auf Initiative des ehemaligen Reichsfachschaftsleiters für Lyrik in der NS-Reichsschrifttumskammer und Mitglieds der Obersten SA-Führung für kulturelle Belange, Herbert Böhme, ins Leben gerufen. Ziele waren die „Neubildung volkshafter Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins“ und die „Pflege volkshafter konservativer Literatur“. Das DKEG, das sich Ende 1996 selbst auflöste, bot Schriftstellern und Publizisten, die sich in den Dienst des NS-Staates gestellt hatten, ein Podium.

In der Satzung des Münchner Bürgervereins heißt es: „Der Kulturkreis wird an der Gestaltung, Förderung und Erhaltung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates im Sinn des Grundgesetzes, besonders im regionalen Bereich, sowie an der Völkerverständigung auf überparteilicher und überkonfessioneller Grundlage mitwirken. Der Vereinszweck dient der Volksbildung. Hierzu werden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.“ Entsprechend veranstaltet der Verein regelmäßig seine Vortragsabende.

■ Holocaust-Leugner als Referent ■

Ihre Aufwartung als Referenten machten beim Münchner Bürgerverein unter anderem bekannte Rechtsextremisten wie der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub sowie Hans-Ulrich Kopp (Pseudonym: Friedrich von Lodenitz), Alter Herr der Burschenschaft Danubia und Vorsitzender der geschichtsrevisionistischen Vereinigung Kultur und Zeitgeschichte – Archiv der Zeit e.V. Im September referierte der „Junge Freiheit“-Autor Reiner Bischoff zum Thema „Überwindung des Kapitalismus“. Bischoff hängt dem Ideengut des Sozialdarwinisten Silvio Gesell, des Begründers der so genannten „Freiwirtschafts-Theorie“, an. Zuletzt machte Bischoff mit seinem Machwerk „Entmachtung der Hochfinanz“, das über den Verlag Dietrich Bohlinger in Viöl ausgeliefert wurde, auf sich aufmerksam.

Bei dem gemeinnützigen Verein treten allerdings auch Vertreter der gemäßigten politischen Rechten auf. So haben dort neben anderen auch schon Gerd-Helmut Komossa, vormals Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und Josef Schmid, Bevölkerungswissenschaftler an der Universität Bamberg, ein Stelldichein gegeben.

Anton Maegerle

NS-Vergangenheit**Ein vergessener Tag**

Bei der „Aktion Erntefest“ vor 60 Jahren in Südostpolen ermordeten SS- und Polizeiangehörige an die 43 000 Juden.

„Manche haben geschrien und geweint und uns angefleht, um ihr Leben gebetet – aber wir konnten ja nicht helfen. Ich habe mir keine Gedanken darüber gemacht. Das war am nächsten Tag schon vergessen. Ich war ein junger Kerl von 18 Jahren und habe kein Tagebuch geführt.“ So erinnerte sich am 1. Juni 1976 der ehemalige SS-Angehörige der Wachmannschaft im Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek, Johann Barth aus Ingolstadt, an den größten Massenmord in dieser Tötungsfabrik. Barth wurde an jenem Tag im Düsseldorfer Majdanek-Prozess als Zeuge befragt. Dass unter den 17 000 jüdischen Opfern Frauen und Kinder waren, wusste er zu sagen, ebenfalls, dass nach der Mittagspause mit Maschinenpistolen statt mit Karabinern geschossen wurde. Anders erinnerte sich ein polnischer Augenzeuge während eines Lokaltermins nahe Majdanek. „Manche Mütter haben ihre kleinen Kinder mit ausgestreckten Armen in die Höhe gehalten, damit sie etwas länger leben konnten. Auf die Kinder ist dann nicht geschossen worden. Die sind im Blut ertrunken, das den Erwachsenen bis zu den Knien reichte.“

Insgesamt haben etwa 2500 SS- und Polizeibeamte am 3. und 4. November 1943 – also vor 60 Jahren – zwischen 42 000 und 43 000 Juden ermordet. Der Code lautete „Aktion Erntefest“ und raffte fast alle Juden im Distrikt Lublin im Süden Polens dahin. Den Befehl dazu hatte SS-Chef Heinrich Himmler erteilt, nachdem sich im benachbarten Vernichtungslager Sobibor drei Wochen zuvor – genau am 14. Oktober – jüdische Häftlinge gegen die SS und Hilfstruppen aus der Ukraine erhoben hatten. Himmler befürchtete offenbar weitere Aufstände im „Generalgouvernement“ genannten Südostpolen. Deshalb wurden heimlich Waffen-SS- und Polizeieinheiten in der Nähe der Lager Majdanek, Poniatowa und Trawniki zusammengezogen. Sie kamen aus der Umgebung, aber auch aus dem weit entfernten Deutschen Reich sowie aus Auschwitz südwestlich von Majdanek. Dort hatten an der südlichen Lagerumzäunung am 1. und 2. November Juden merkwürdige Gräben ausheben müssen. Sie verliefen im Zick-Zack und waren mehre-

re hundert Meter lang. Am frühen Morgen des 3. November dröhnte über diesem Teil des Lagers laute Musik. Es waren Märsche und Wiener Walzer. Dann kamen in langen Kolonnen Juden aus der nur wenige Kilometer entfernten Stadt Lublin ins tiefer gelegene Majdanek. Sie wurden nacheinander in Gruppen zu den Gräben geführt, auf deren Ränder sie sich setzen mussten. Dann fielen die tödlichen Schüsse. Nach mehreren Gemetzeln liefen SS und Polizeiführer an den Gräben entlang und schossen auf Leiber, die noch zuckten. Gegen Mittag wurde eine Pause eingelegt, damit die Schützen sich erholen und essen konnten. Danach kehrten sie, wie der Zeuge Barth bekundet hat, mit Maschinenpistolen auf ihre Plätze zurück und das Morden ging weiter. Es dauerte bis in den frühen Abend.

Das „Erntefest“ verlief ähnlich wie in Majdanek auch in den beiden anderen Lagern. In Poniatowa allerdings wollten sich die Opfer nicht einfach töten lassen. Als sie zu den Gräben gebracht werden sollten, schlossen sich einige zusammen und zündeten mehrere Baracken an. Aber unbewaffnet wie sie waren, war es für SS und Polizei ein Leichtes, den Widerstand zu brechen. Nach dem Morden mussten dafür zurückgehaltene Juden die Opfer verbrennen. Anschließend wurden sie umgebracht.

Chef der „Aktion Erntefest“ war der Generalleutnant der Polizei und SS-Gruppenführer Jakob Sporrenberg aus Düsseldorf, der danach im besetzten Norwegen wütete. Da die „Aktion Erntefest“ aber alle Verbrechen, an denen er beteiligt war, in den Schatten stellte, wurde Sporrenberg an Polen ausgeliefert, zum Tode verurteilt und am 8. September 1951 in Warschau am Galgen hingerichtet. Solche Einzelheiten sind in dem vor wenigen Wochen erschienenen vorzüglichen „Personallexikon zum Dritten Reich“ von Ernst Klee enthalten. Dort findet man in Stichworten zusammengestellt: „Wer war was vor und nach 1945“.

Augenscheinlich hat sich in der Bundesrepublik nur das Landgericht Düsseldorf mit diesem Massenverbrechen beschäftigt, und zwar während des sechs Jahre dauernden Majdanek-Prozesses. Auch insofern ist dieses NS-Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung, als die Strafkammer mit Günter Bogen als Vorsitzenden das gesamte Umfeld von Majdanek in die Beweiserhebung einbezogen hat. Am 60. Jahrestag der „Aktion Erntefest“ wird jetzt im Landgericht Düsseldorf ein neues Buch zum Thema vorgestellt.

Heiner Lichtenstein

Bücherschau**Frühzeitige Warnung**

In mehreren Auflagen setzte sich 1930 bis 1932 ein Handbuch mit der NSDAP und deren Gefährlichkeit auseinander. Jetzt ist eine Neuauflage erschienen.

Jahrzehntelang herrschte in der Geschichtsschreibung die These vor, die deutschen Juden hätten in der Endphase der Weimarer Republik gebannt wie das Kaninchen vor der Schlange auf die NSDAP gestarrt und das anbrechende Unheil untätig erwartet. Ein Blick auf die Tätigkeit des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) zeigt etwas anderes: Es gab beträchtliche propagandistische Aktivitäten, die insbesondere vom Berliner Büro Wilhelmstraße des C.V. ausgingen. Mit der Gründung dieses Büros war es dem Centralverein gelungen, ein in Deutschland einzigartiges Organ zu schaffen, dessen Archiv im Endstadium der Weimarer Republik als Hauptarsenal für die gesamte demokratische Aktivität gegen die NSDAP diente. Aus diesem Arsenal stammte ein Handbuch mit dem Titel „Der Anti-Nazi“. Der Verfasser Walter Gyßling (1903-1980) hatte ab 1929 das Archiv des C.V. aufgebaut und seine Nutzung organisiert. Als Journalist griff er auf seinen Inhalt zurück und schuf mit dem „Anti-Nazi“ ein Kompendium, das auf völlige Entlarvung der NSDAP und ihrer Führer zielte. Das Buch erschien 1930 vor der Septemberwahl in einer Ausgabe von 109 und einer zweiten von 139 Seiten mit jeweils 180 000 Auflage. Die Anti-Nazi-Version von 1932 ist auf 180 Seiten angewachsen. Jetzt liegt eine sorgfältig edierte Neuauflage vor.

Herausgeber Leonidas Hill würdigt damit einen zu Unrecht vergessenen Deutschen, der den Charakter des Nationalsozialismus früh erkannte und als Journalist, Redner, Propagandist, Seminarleiter und als Mitglied der SPD gegen ihn kämpfte.

Der Anti-Nazi offenbart die ganze Verlogenheit, die inneren Widersprüche einer hochgradig kriminellen Bewegung. Der erste Teil befasst sich mit der Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Argumentation. Einerseits sollte es angeblich außenpolitisches Ziel sein, alle Deutschen zu vereinen, andererseits ließ man Südtirol fallen. Gyßling stellte Hitlers Absichten bloß, indem er auf markante Zitate hinwies, beispielsweise: „Ein Bündnis, des-

sen Ziel nicht die Absicht zu einem Kriege umfasst, ist sinn- und wertlos.“ Gyßling zeigt auf, wie die Nazis genau jene Politik, die sie verurteilten, in Coburg, Braunschweig oder Thüringen, wo sie an der Regierung beteiligt waren, skrupellos betrieben.

Einerseits spielten sich die Nazis als Fürsprecher des Mittelstands auf, andererseits blieb der Kleinhandel von Beschaffungsaufträgen der NSDAP ausgeschlossen. Sie vertrieben sogar eigene Parteizigaretten „Sturm“ und „Neue Front“ und eine Hakenkreuzvollmilchschokolade „Ins Dritte Reich“ direkt durch der Parteileitung hörige Fabriken.

Wer das Buch gelesen hatte, der wusste, wie Nazis gedachten, mit ihren Gegnern umzugehen: „Merken Sie sich alle Personen, vom Bürgermeister bis zum kleinsten Beamten, der uns heute bekämpft. Am Tage unseres Sieges werden wir mit diesen Leuten abrechnen.“

Gyßling analysiert die Rolle der NSDAP in Reichstag und Länderparlamenten. Er weist darauf hin, wie grotesk sich die NSDAP-Abgeordneten verhielten, wie sie oft genug aus Parlamenten auszogen, wie sie die Mitarbeit in Ausschüssen verweigerten und wie sie bombastisch versprachen, ihre Diäten, die sie trotz Abwesenheit erhielten, den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen, was sie aber mitnichten taten. Ein anderer Teil nimmt die NS-Wirtschaftspolitik auseinander, konfrontiert Gottfried Feders Forderung der „Brechung der Zinsknechtschaft“ mit dem Geschäftsgebaren von Nationalsozialisten und dem Umgang mit Privateigentum. Er enthüllt, wie viele NS-Politiker wegen Bestechlichkeit verurteilt waren, aber dennoch heuchlerisch die Korruption anderer anprangerten.

Das Buch dokumentiert auch die Hetze der NS-Presse gegen ihre politischen Gegner – und die Folgen: Eine Liste der von Nazis Ermordeten in der Zeit vom 29. Dezember 1929 bis 12. November 1931.

Gyßling hat das Buch geschrieben als praktischen Ratgeber für die Auseinandersetzung mit Nazis bei jeder Gelegenheit, ob bei Veranstaltungen oder am Biertisch. Es hat nichts an Aktualität eingebüßt. Und es zeigt, dass man über die NS-Bewegung Bescheid wissen konnte, wenn man nur hingeschaut hat.

Franziska Hundseder

Gyßling, Walter, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 und Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP, Hrsg. von Leonidas E. Hill, Bremen 2003, 504 Seiten, 25,40 Euro.

Demokratische Initiativen**Abgestempelt**

Eine Berliner Ausstellung zeigt jüdenfeindliche Bildpostkarten aus der Sammlung von Wolfgang Haney.

Der Gang entlang den Ausstellungstafeln im Museum für Kommunikation in Berlin-Mitte gleicht einer Engführung; und wer ihn unternimmt, reagiert erst ungläubig, dann fassungslos und oft genug entsetzt. Denn dicht gehängt sind hier rund 400 jüdenfeindliche Postkarten aus dem noch umfangreicheren Bestand des Berliner Sammlers Wolfgang Haney, der selbst verfolgt wurde und – anders als viele seiner Familienangehörigen – die NS-Zeit mit Glück überlebt hat. Wolfgang Haney will, so sagte er bei der Eröffnung der Ausstellung, mit dieser Sammlung, die zum Inhalt seines Lebens geworden ist, zur Bekämpfung des Antisemitismus beitragen.

Das Hauptgewicht der Wanderausstellung, die aus der Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Frankfurt am Main und der 1992 am Kunsthistorischen Seminar der Universität Marburg gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Rassismus und Antisemitismus in visuellen Medien“ entstand und bisher in Frankfurt, Heidelberg, Hamburg und Nürnberg zu sehen war, liegt auf der Zeit des Kaiserreiches. Auf der „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“ also, so der Titel der bahnbrechenden, 1949 erschienenen Untersuchung von Paul W. Massing, die 1986 wieder aufgelegt wurde und bezeichnenderweise auf ihrem Umschlag eine dieser Hetzpostkarten zeigt.

Denn nach der Einführung der „Correspondenz-Karte“ im Jahre 1870 begann wenig später – befördert durch eine Halbierung des Portos und die Erfindung preiswerter Reproduktionsverfahren für Illustrationen – der Siegeszug der Bildpostkarte, die außerordentlich beliebt und in zahllosen Motiven im Umlauf war und bald auch zum Sammel- und Tauschobjekt wurde. Zur selben Zeit schwoll aber auch die antisemitische Bewegung in ihren verschiedenen Ausformungen an, die sich gegen die wenige Jahre zuvor errungene rechtliche Emanzipation der Juden stellte und dagegen – zunächst noch – mit allen nur denkbaren publizistischen Mitteln kämpfte. Auch mit dem neuen Massenmedium Bildpostkarte.

Nach einem Blick auf die Tradition antisemitischer Bildstereotype seit dem Mittelalter und einer Auswahl antisemitischer Publikationen gruppiert die Ausstellung das vorhandene Material der Sammlung nach Motiven und Themen: „Bankier, Börsianer und Kapitalist“, Rechtsanwalt, Arzt und Journalist auf der einen, „Trödler, Hausierer und Kleinhändler“ auf der anderen Seite. Das Zerrbild des „Ostjuden“ ist ebenso Thema wie der Antisemitismus in den böhmischen Bädern Karlsbad und Marienbad, der Seebäderantisemitismus auf Borkum, der „jüdenfreien Insel“ und Hochburg des Antisemitismus, wo jüdische Badegäste mit allen Mitteln zur Abreise gezwungen wurden. „Juden und Militär“, Namensverspottungen, sexistische Anspielungen und gewalttätige Vertreibungsphantasien sind weitere Themenfelder. Neid und Missgunst, Häme und Niedertracht, Schadenfreude und ein beharrlicher Drang zur Verunglimpfung sind durchgängige Kennzeichen dieser Darstellungen. Heute schwer zu ertragen und kaum nachzuvollziehen ist, was den Verfertignern und Käufern solcher Karten damals als scherzhaft oder humoristisch galt.

Nach dem Ersten Weltkrieg ging die Bedeutung der Bildpostkarte zurück, andere Medien wie Radio und Film traten an ihre Stelle. Doch die aggressive, um die „Dolchstoß-Legende“ zentrierte, antisemitische Propaganda der Weimarer Jahre wie die dämonisierend-rassistische der NS-Zeit, die in der Ausstellung mit einigen besonders abscheulichen Beispielen vertreten ist, konnte auf dem aufbauen, was in den Jahrzehnten zuvor millionenfach verbreitet, in die Herzen und Köpfe versenkt wurde und als Massenmedium zum selbstverständlichen Bestandteil der Alltagskultur geworden war.

Die Ausstellung wird bis zum 15. Februar 2004 im Museum für Kommunikation, Leipziger Straße 16, 10117 Berlin gezeigt (www.museumsstiftung.de). Der hervorragende Katalog, ein Standardwerk zum Thema, enthält 31 Aufsätze und zahlreiche Abbildungen. Er zeigt auch antisemitische Bildpostkarten aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Osteuropa sowie aus Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, auf die in der Ausstellung aus Platzmangel verzichtet wurde. **Theo Meier-Ewert** **Abgestempelt, Judenfeindliche Postkarten, Auf der Grundlage der Sammlung Wolfgang Haney, hrsg. von Helmut Gold und Georg Heuberger. Eine Publikation der Museumsstiftung Post und Telekommunikation und des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, Heidelberg, Umschau Braus 1999, 380 Seiten, an der Museumskasse 19.80 Euro.**

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 10/2003: Als Stichwortgeber für die „Patrioten“ präsentiert sich Heiner Kappel mit 16 Grundforderungen, die Deutschland retten sollen. Am Ende steht sein Appell nach einem „Schluss mit der Zersplitterung der bürgerlich-patriotischen Kräfte“. Als Argumentationshilfe gegen den „Ausverkauf deutscher Firmen“ durch US-Firmen wird das „Handbuch Deutsche Wirtschaft“ aus der Feder Alfred Mechtersheimer empfohlen. Die Dinge sind nicht mehr wie vor Jahren und so muss auch die Einführung des europäischen Haftbefehls vermittelt werden. Dass der Haupteinwand sich gegen die (von Großbritannien abgelehnte) Auslieferungsfähigkeit von „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rassismus“ richtet, verblickt und scheint auf eine Achillesferse hinzuweisen. Polemisiert wird dann über die Forderung nach Strafverfolgung der Weinwerbung eines italienischen Winzers mit Adolf Hitler. In Linie liegt das Lob für Ex-Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelins überraschende Forderung nach Quoten für „deutsche Künstler“ (das sollte aber kein Mehr an Bohlen und Kühlböck bedeuten!). Fatal ist aus NE-Sicht die „Dominanz der Ausländer“ in der Fußball-Bundesliga: „Der nationale Vereinsfußball ist praktisch tot“, sorgt man sich. Zur Bildungsmisere trägt ein Berufsschullehrer teils Vertretbares vor, etwa zum Defizit der Eltern, um dann aber die „überdrehte Umerziehungsschraube“ zu beklagen, und den „Zeiten in Deutschland, da Schule und Elternhaus noch an einem Strang“ gezogen hätten, nachzutruern. An diese Zeit denkt wohl auch Franz Schönhuber, der eine „Duckmäuser- und Anpassermentalität“ durchs Land gehen sieht, die „Züge sklavischer Unterordnung dem Sieger gegenüber“ aufweise. Ulf Köster singt den Abgesang auf die Schill-Partei. Eine Verunsicherung der Bürger durch „anti-rechte Dauerkampagnen“ und die „hysterische Abgrenzung“, auch „gravierender Mangel an Menschenkenntnissen“ mit Blick auf die „Irrläufer aus den Altparteien“ sowie Mangel an Führungsfiguren neben dem populären Schill werden als Auslöser des rapiden Rückgangs gesehen. Als vergleichbar angeführt wird die Schönhuber-Ära der Republikaner – und was danach kam. Erwartungsgemäß ist die Würdigung Leni Riefenstahls. Schönheit sei nach 1945 mit „faschistisch“ gleichgesetzt worden, dennoch hätten sich die Maximen ihrer Kunst weltweit durchgesetzt. (khr)

Aktivitäten**Rache als Motiv****Mutmaßlicher Mörder ist alter Bekannter**

Der Dreifach-Mord in einer Rechtsanwaltskanzlei in Overath bei Köln am 7. Oktober löste Entsetzen aus. Der Rechtsanwalt Hartmut Nickel (61), seine Ehefrau Mechthild (53) und die Tochter Alja (26) waren aus unmittelbarer Nähe erschossen worden. Schon nach wenigen Tagen scheint der Fall aufgeklärt. Eine 19-jährige Frau hat gestanden, zusammen mit ihrem 46-jährigen Freund Thomas Adolf für die Morde verantwortlich zu sein. Der unmittelbare Anlass für die Tat, sei Rache für einen verlorenen Prozess. Nickel hatte als Rechtsanwalt von Adolf Mietschulden eingetrieben.

Zumindest für Antifaschisten ist der mutmaßliche Täter schon lange kein Unbekannter. Adolf soll nach Informationen der in Berlin erscheinenden Publikation „Antifaschistisches Infoblatt“ in einer neonazistischen Wehrsportgruppe aktiv gewesen sein und hat sich in Afrika und Lateinamerika zum Söldner ausbilden lassen. 1994 war Adolf führender Aktivist der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) in Köln. Die rechte Gruppierung machte damals mit Steckbriefen gegen Flüchtlinge und Roma von sich reden. Sie versuchte Mitte der 90er Jahre vergeblich, die zerstrittene Rechte zu vereinen. Führende Liga-Funktionäre kamen von den Republikanern, der NPD als auch der Deutschen Volksunion. Die Gruppierung hat seit Jahren an Bedeutung verloren. Seit 1996 tritt sie nicht mehr zu Wahlen an und wurde in einen eingetragenen Verein umgewandelt. 1994 kandidierte Adolf für die DLVH anlässlich der Kommunalwahl in Köln auf dem Listenplatz 2 für die Bezirksvertretung Köln-Nippes. Außerdem betätigte er sich als Anmieter der Büroräume der Liga in Köln-Deutz.

Führende Funktionäre der DLVH sind heute in der Bürgerbewegung Pro Köln aktiv. Sie hat Kontakte zu Freien Kameradschaften sowie zur NPD, gibt sich auch betont bürgernah. Nach Auffassung des NRW-Verfassungsschutzes hat sich die DLVH aber entgegen aller offiziellen Beschlüsse selbst nie von militanten Neonazis abgegrenzt. Der ehemalige Liga-Funktionär und heutige Kopf von Pro Köln Manfred Rouhs behauptete, nachdem die Morde von Overath bekannt wurden, dass Adolf ein Agent des Verfassungsschutzes gewesen sei. Peter Nowak

Meldungen

■ **Backnang** – Drei junge Rechtsextremisten im Alter zwischen 17 und 23 Jahren aus dem Raum Backnang, Baden-Württemberg, wurden am 17. Oktober festgenommen. Sie hatten in der vorangegangenen Nacht das Vereinsheim des türkischen Kultur- und Jugend-Vereins in Murrhardt (Rems-Murr-Kreis) in Brand gesetzt. Der Sachschaden beträgt rund 15 000 Euro. Der 23-jährige Arbeitslose, der 19-jährige Koch und der 17 Jahre alte Auszubildende sind für eine Serie von rechtsextremen und ausländerfeindlichen Straftaten im nördlichen Rems-Murr-Kreis verantwortlich. Die drei Inhaftierten gehören der rund 50 Personen starken rechtsextremen Szene im Raum Backnang an (BnR 21/03). Am Tatort im schwäbischen Murrhardt war ein mit Nazisymbolen beschmierter Stein gefunden worden. Solche Steine waren seit Mai dieses Jahres bei mehr als zwei Dutzend einschlägiger Straftaten aufgetaucht.

■ **Berlin** – In der rechtsextremen Szene ist eine Spendenaktion für Peter Brammann, den mutmaßlichen Sänger der Berliner Skinheadband DST (wechselweise „Doitsch, Stolz, Treu“ oder „Dr. Sommer Team“), gestartet worden. Brammann war bei Ausschreitungen bei einem Skinhead-Konzert mit den Bands „Blitzkrieg“, „Brainwash“ und „Legion of Thor“ in Pirna-Struppen verletzt worden. Als die Polizei das Konzert auflösen wollte, wurden die Beamten von den Neonazis unter anderem mit Bierflaschen beworfen. Eine volle Flasche zersplitterte allerdings am Kopf von Peter Brammann. Dabei wurde ein Auge so schwer verletzt, dass es trotz einer Notoperation in der Uniklinik Dresden nicht mehr gerettet werden konnte. Mit dem Geld, dass unter dem Verwendungszweck „Augenlicht“ auf ein Konto der Berliner Sparkasse eingezahlt werden kann, soll der Musiker Brammann die medizinische Versorgung und den bevorstehenden Prozess wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass bezahlen.

■ **Berlin** – Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat im Zeitraum vom 1. Januar 2001 bis 29. September 2003 insgesamt neun Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 39 namentlich bekannte Beschuldigte sowie gegen weitere unbekannte Personen wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleitet. Sechs Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs der Bildung beziehungsweise Unterstützung terroristischer Vereinigungen nach Paragraph 129a StGB und zwei wegen des Tatvor-

wurfs der Bildung beziehungsweise Unterstützung einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 StGB wurden eröffnet. Brandanschläge sollen von dieser Personengruppe auf ein Wohn- und Geschäftsgebäude, in dem sich ein von vietnamesischen Staatsangehörigen geführtes Textilgeschäft befand, auf die Eingangstür einer Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam und zwei Imbisswagen türkischer Staatsangehöriger verübt worden sein. Dies teilte am 7. Oktober 2003 der parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium Alfred Hartenbach auf eine Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch mit.

■ **Berlin** – Der Autor der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Alexander Griesbach (Jg. 1969), ist Interviewpartner in der aktuellen Ausgabe des Parteiorgans „Der Republikaner“. Griesbach attackiert dabei heftig die USA. Er wirft ihnen unter anderem vor, „eine Reihe von Folterinstrumenten“ zu besitzen, „die zum Teil weit wirkungsvoller als die direkte militärische Konfrontation“ seien. Hinter dem „US-Kreuzzug ‘gegen den Terrorismus’“ wittert Griesbach unter anderem „die Interessen Israels“: „Die amerikanischen Juden sind bekanntlich bestens organisiert und haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Politik der US-Regierung.“ Der „generalstabsmäßige Verlauf“ der Anschläge vom 11. September 2001 habe, so Griesbach, „Raum für eine ganze Reihe von Spekulationen eröffnet“, die „auf eine Beantwortung warten.“

■ **Dieburg** – Der im hessischen Dieburg einsitzende Rechtsextremist Manfred Roeder hat sich in die Debatte um ein Zentrum für Vertreibung eingemischt. Roeder teilt im aktuellen Rundbrief seiner Deutschen Bürgerinitiative (DBI) mit: „Wir streiten mit Leidenschaft, ob und wo ein Mahnmal der Vertreibung aufgestellt werden soll. Zum Teufel! Wir wollen kein Denkmal, sondern die geraubten Ostgebiete wiederhaben.“

■ **Dortmund** – Zwei Demonstrationen, drei Kundgebungen und zwei Vortragsveranstaltungen stellten Neonazis gegen die noch bis 2. November in Dortmund gezeigte so genannte Wehrmachtsausstellung in den letzten Wochen auf die Beine. Der DVU-gesteuerte Arbeitskreis für Geschichte und Politik konnte am 24. Oktober seine zweite Veranstaltung mit dem Historiker Stefan Scheil vor etwa 90 Zuhörern ungestört durchführen, nachdem der erste Vortrag wegen einer spontanen Gegen demonstration weitgehend unter Ausschluss der

Öffentlichkeit stattgefunden hatte. Die Stadt Dortmund hatte die DVUler allerdings diesmal von jenem Museum, in dem auch die Ausstellung stattfindet, in ein anderes Gebäude ausquartiert. Rund 500 Neonazis kamen zur letzten Demonstration am 25. Oktober, bei der unter anderem Thomas Wulff und Christian Worch sprachen. Auf den Redner Gerd Ittner mussten die Neonazis verzichten. Er wurde gleich zu Beginn seines Beitrags von der Polizei aus dem Verkehr gezogen.

■ **Düren** – Die Polizei erwartet am Volkstrauertag „Störungen“ der offiziellen Gedenkveranstaltungen auf dem Soldatenfriedhof Vossenack durch Rechtsextremisten. Laut Informationen der örtlichen Antifa wollen Neonazis auch in diesem Jahr auf dem im Hürtgenwald gelegenen Friedhof einen „Heldengedenktag“ abhalten. Erst vergangenes Jahr hatten sich dort rund 50 Rechtsextreme – Vertreter der NPD, verschiedener Kameradschaften aus den Kreisen Aachen und Köln sowie ehemalige Waffen-SS-Mitglieder aus Deutschland und den Niederlanden – getroffen. Während der Aktion waren unter Polizeibeobachtung sowohl die Reichskriegsfahne als auch die des in Deutschland verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerk geschwenkt worden. Organisiert hatte das Treffen nach Eigenangaben die Mitte 2001 gegründete „Kameradschaft Aachener Land“, deren Führungsköpfe in Düren leben. Laut „Dürener Nachrichten“ treffen sich in Vossenack schon seit einigen Jahren rechte Gruppen abseits der vom Kreis Düren offiziell abgehaltenen Gedenkveranstaltungen für alle Toten. Da auf dem zwei Kilometer entfernten Soldatenfriedhof Hürtgen auch Gefallene der Alliierten ruhen, konzentriert sich das „Gedenken“ der Rechtsextremen auf den Friedhof Vossenack.

■ **Karlsruhe** – „Auf Grund ihrer publizistischen und politischen Aktivitäten nimmt die 'Kameradschaft Karlsruhe' seit etwa zehn Jahren eine herausgehobene Position“ im rechtsextremen Spektrum in Baden-Württemberg ein. Kontakte unterhält die „Kameradschaft“ zu Christian Worch, „der wie kein anderer in der Szene über Erfahrungen bei gerichtlichen Auseinandersetzungen verfügt“. Dies teilte am 14. Oktober der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble (CDU) auf den Antrag „Neonazismus in Baden-Württemberg – Kameradschaft Karlsruhe“ (Drucksache 13/2419) des SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun mit. Angaben Schäubles zufolge pflegen Kader der „Kameradschaft“ Kontakte zu NPD-Funktionären und arbeiten anlassbezogen mit der NPD vor Ort beziehungsweise überregional zusammen.

■ **Kiel** – Peter Borchert, ehemaliger Landesvorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein, soll sich voraussichtlich noch im November wegen Diebstahls, Körperverletzung sowie Verstößen gegen das Waffen- und das Versammlungsrecht vor einem Schöffengericht in Kiel verantworten. Dem 30-Jährigen wird unter anderem vorgeworfen, am Rande eines Infostands der NPD grundlos auf Personen eingeschlagen und in einer Tankstelle Diebstähle begangen zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung war zudem Munition gefunden worden. Die Delegierten eines Landesparteitages hatten Borchert 2001 gegen den Willen der Bundespartei zum Vorsitzenden der NPD in Schleswig-Holstein gewählt. Ende August 2003 war er wieder von Uwe Schäfer abgelöst worden, der die Partei bereits in den 90er Jahren geleitet hatte. Peter Borchert ist derzeit noch Kreisvorsitzender der NPD in Neumünster.

■ **Langen** – Ein Plädoyer gegen die NPD hält der Neonazi Thomas Brehl, Kader des Kampfbundes Deutscher Sozialisten, in der rechtsextremen Zeitschrift „Recht + Wahrheit“. Nach Auffassung Thomas Brehls ist die NPD nicht zu einer „revolutionären Politik“ fähig und es sei fraglich, „ob der Nationale Widerstand zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt eine Wahlpartei braucht, die ohnehin niemand wählt, jedenfalls keine großen Volksmassen, die aber nötig wären, um auf parlamentarischem Wege eine Wende auf dem verhängnisvollen Weg, den unser Volk derzeit beschreitet, einzuleiten.“ Der langjährige Neonazi Brehl ruft seine „Schar der Getreuen“ zur Bildung von ominösen „Stützpunkten“ auf: „Lasst uns dem grausamen Schicksal lächelnd ins mitleidslose Auge blicken, stolz soll uns das machen und stark, aufrecht und frei!“

■ **Ludwigsburg** – Nach acht Jahren Pause plant die Skinheadband „Kettenhunde“ aus Ludwigsburg ein Comeback. Die Musiker arbeiten bereits an einer neuen CD. Die genaue Besetzung ist noch unbekannt, allerdings soll der frühere Sänger weiter am Mikrofon sein. Triebfeder für den Neuaufguss sind offenbar finanzielle Interessen. So hat Thomas Woerner aus Ludwigsburg zur besseren Vermarktung gleich mal eine Internetseite eingerichtet. Die Homepage ist zwar noch etwas inhaltsschwach, die Bestell-Seite funktioniert allerdings schon. Die Geldmacherei mit Preisen von 16 Euro pro CD und 12 Euro Versandkosten wurde aber selbst von der rechten Szene durchschaut. Nach Kritik in einschlägigen Foren („schäbig“) wurden die Preise inzwischen leicht gesenkt.

■ **Mainz** – In der aktuellen Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ finden sich die üblichen Zuschriften an den Vorstand der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige um Ursel Müller. Zu den Autoren der „Briefe an der Vorstand“, so die wiederkehrende Rubrik, zählen auch der Münchner Neonazi Norman Bordin und der ehemalige SS-Angehörige Erich Priebke. Die Liste der säumigen Beitragszahler der HNG umfasst 110 Personen. Darunter befinden sich auch bekannte Rechtsextremisten wie der bayerische JN-Landesvorsitzende Stefan Göbeke-Teichert oder Bernd Peruch von der Skinband „Hate Society“.

■ **Nürnberg** – Unter dem Motto „Demokratie nützen, heißt Demokratie schützen. Meinungsfreiheit auch für Deutsche! Gegen den Terror der Gutmenschenmafia“ soll in Nürnberg am 6. Dezember eine Demonstration des „Nationalen Widerstandes“ stattfinden. Als Redner haben die Organisatoren des Aufmarschs, Gerd Ittner und Christian Worch, neben sich selbst ein umfangreiches Aufgebot angekündigt, darunter: Christian Bärthel (Ronneburg), Michael Burkert (Friedrichroda), Lars Käßler (Heilbronn), Reinhold Leidenfrost (Südafrika), Ivonne Mädler (Meiningen), Sina Reichenbach (Knüll), Axel Reitz (Köln), Dieter Riefling (Braunschweig), Sven Schlehta (Schwabach), Ralf Wohlleben (Jena), Hartmut Wostupatsch (Würzburg), Giuliano Bivenvenuti (Assoziatione Culturale Veneto Fronte Skinheads, Triest, Italien) und Guillaume Fabien (Nuovo Ordino Europaeo, Paris). Auftreten soll auch ein „Überraschungsgast“ aus der „Ostmark“. Ittner ruft alle Kameradinnen und Kameraden auf, nach Nürnberg zu kommen: „Am 6. Dezember, dem Nikolaustag, spielen wir Knecht Rupprecht und stecken das BRD-System mitsamt seiner Gutmenschenmafia in den Sack.“

■ **Potsdam** – Bei der Kommunalwahl in Brandenburg am 26. Oktober hat die DVU mehrere Kreistagssitze erobert: Elbe-Elster (3,68%) und Oberspreewald-Lausitz (4,33%) 2 Sitze; Märkisch-Oderland (2,44%) und Potsdam-Mittelmark (2,33%) je 1 Sitz. In der Landeshauptstadt Potsdam hat die DVU ein Mandat (1,52%) in der Stadtverordnetenversammlung erzielt. Die NPD ist künftig mit einem Sitz im Kreistag von Prignitz vertreten (2,77%). Sie holte (nach vorläufigem Stand) in Oder-Spree 2,94 und in Oberhavel 2,69 Prozent.

■ **Weilheim** – Bei einem Angriff auf eine Mahnwache gegen den Irakkrieg in Weilheim/Oberbay-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
 Heft 22/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

ern waren am 21. März mehrere junge Friedensaktivisten leicht verletzt worden. Nun wurde die Sache am Weilheimer Amtsgericht verhandelt: Gegen zwei der vier 17-jährigen Täter verhängte der Richter wegen gefährlicher Körperverletzung drei beziehungsweise vier Wochen Jugendarrest. Die Angreifer hatten sich mit Bier und Schnaps in Fahrt gebracht, einen der Mahnwachenteilnehmer beleidigt und Fausthiebe und Tritte verteilt. Einer der Angeklagten hatte früher offenbar Kontakte zur rechten Szene, mittlerweile will er sich losgesagt haben. Der Vater eines Schlägers sprach in einer Verhandlungspause in aller Deutlichkeit aus, was er von den Demonstranten hält: Man sollte diese am besten in ein „Arbeitslager“ stecken.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.